

Presseerklärung mit Stellungnahme

zur Abschaffung der Kommunalklausel der Bayerischen Staatsforsten

Da die Bürger offenbar immer öfter etwas anderes möchten als die Staatsregierung, haben der Ministerrat und Minister Aiwanger beschlossen, in Sachen Windkraft die Bürger erst gar nicht mehr zu fragen.

Das bemängelte sogar die Passauer Neue Presse:

„Da wurde 2011 Kommunen und damit den Menschen vor Ort die Möglichkeit eingeräumt, über Windkraft-Pläne der Staatsforsten mitzubestimmen. Aber kaum gibt es ein Projekt, bei dem man – wie derzeit im Landkreis Altötting – auf Widerstand trifft, schafft man diese Möglichkeit wieder ab. Sieht so gelebte Demokratie aus?“

In einer Pressemitteilung schrieb Aiwangers Ministerium am 3.5.2024 noch:

"Der Bürgerentscheid in Mehring hat uns gezeigt, dass wir zur Windkraft noch mehr informieren müssen... Der Ausbau der erneuerbaren Energien geht nur gemeinsam mit den Bürgern."

Inzwischen sind sowohl Informationen als auch das „Gemeinsam“ nicht mehr wichtig. Und das obwohl Aiwanger noch einen Tag vor Abschaffung der Kommunalklausel Ministerpräsident Söder davor warnte, Bürgerentscheide zu beschneiden:

„Freie-Wähler-Chef Aiwanger warnt die CSU vor größeren Eingriffen in die direkte Demokratie in Bayern. Nötig sei mehr Bürgerbeteiligung statt weniger, sagt er im BR-Interview.“. Er würde eine massive Beschneidung der Bürgerbeteiligung nicht mittragen, so Aiwanger.

Bereits einen Tag später nahm Aiwanger aber genau diese massive Beschneidung der Bürgerbeteiligung vor, indem er als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bay. Staatsforsten die Kommunalklausel kippte und die Bürger dadurch nun nicht mehr abstimmen können.

Man hat den Staatswald mit Privatwald gleichgestellt. So wird es beschönigend formuliert. Während aber beim Privatwald der Eigentümer entscheidet, wurde nun der Eigentümer des Staatswaldes, also der Bürger, entmachtet und hat nichts mehr zu sagen.

Derzeit weiß niemand, welche Auswirkungen die Abschaffung der Kommunalklausel auf das Projekt im Landkreis Altötting hat. Wenn Minister Aiwanger weiterhin glaubwürdig sein will und sein Wort hält, dann sollten die Entscheidungen hier weiterhin gelten.

Anfang Mai, vor dem Bürgerentscheid in Markt, garantierte er noch, **dass sich die Spielregeln im laufenden Verfahren im Landkreis Altötting nicht ändern werden (PNP, 5.5.2024) und dass man sich für den Windpark Altötting noch an die alten Vorgaben halten werde (SZ, 6.5.2024).**

Sollte sich daran etwas ändern, müsse man wieder einmal von der Vorspiegelung falscher Tatsachen ausgehen. Was wäre das Wort unserer Staatsregierung dann überhaupt noch wert?

Eine Anfrage der Bürgerinitiative an Aiwangers Ministerium, welche Auswirkungen die Abschaffung der Kommunalklausel auf das Projekt in Altötting habe, blieb trotz Nachfrage bislang unbeantwortet.

Die BI wollte wissen, ob die Änderung der Kommunalklausel rückwirkend gilt, ob sie auch bisherige Abstimmungen betrifft und was das für die Gemeinden Kastl und Emmerting bedeutet, die ihr „Ja“ zum Windpark verweigert haben.

Es sei daran erinnert, dass die Kommunal -und Landespolitiker, auch Herr Aiwanger, von den Menschen gewählt wurden, um die Interessen der Bürger zu vertreten und nicht die der Bundesregierung oder von Herrn Habeck.

Die Bürgerinitiative Gegenwind Altötting wird weiterhin den demokratischen Weg gehen, auch wenn dies von Herrn Aiwanger nun nicht mehr gewollt ist. Jetzt erst recht ist es umso wichtiger, die Interessen der Bürger zu vertreten, um unsere Heimat und unsere Natur vor diesen unwirtschaftlichen, zerstörerischen Windindustrieanlagen im Wald zu schützen.

Es wird andere Mittel und Wege geben, den Bürgerwillen öffentlich darzustellen und genau das ist unser Ziel, welches wir durch unsere gemeinsame Arbeit erreichen werden.

Die Bürgerinitiative
Gegenwind Altötting

Altötting, 28.06.202